
6516/J XXV. GP

Eingelangt am 22.09.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
betreffend Arbeitsplatzverlust bei der Bank Austria

Neue dunkle Wolken ziehen auf Finanzplatz Wien auf. Die Bank Austria könnte in den nächsten Jahren von massiven Jobkürzungen betroffen sein. Grund dafür ist ein personalpolitischer Kahlschlag, den die Muttergesellschaft UniCredit bis 2018 plant. Dies kündigte UniCredit-Generaldirektor Federico Ghizzoni an.

Insgesamt sollen mehr als 10.000 Arbeitsplätze im Gesamtkonzern der UniCredit gestrichen werden. Das bedeutet dass gut sieben Prozent der Belegschaft ihren Job verlieren. Seit 2008 wurden bereits 27.000 der ursprünglich 174.000 Bankmitarbeiter ausgeschieden.

50 Prozent treffen Österreich und Deutschland

UniCredit-Chef Ghizzoni geht davon aus, dass 50 Prozent der einzusparenden Banken-Arbeitsplätze auf das Stammland Italien entfallen werden. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die anderen 50 Prozent im wesentlichen Österreich und Deutschland treffen könnten. Aktuell beschäftigt die Bank Austria 7.000 Mitarbeiter und betreibt 220 Filialen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz folgende

ANFRAGE

1. Wie viele Mitarbeiter der BankAustria sollen im Zuge der massiven Jobkürzungen bei der UniCredit abgebaut werden?
2. Bis wann soll diese Mitarbeiter-Reduktion erfolgen?
3. Wird es in diesem Zusammenhang eine Arbeitsstiftung bzw. einen Sozialplan geben?
4. Wenn ja, wie wird diese Arbeitsstiftung bzw. dieser Sozialplan gestaltet sein?
5. Wie viele Arbeitsplätze sind in Österreich insgesamt seit 2008 im Banken- und Versicherungssektor durch internationale Konzerne abgebaut worden?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.